

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 17/10200, 17/10202, 17/10823, 17/10824, 17/10825 –**

**Entwurf eines Gesetzes
über die Feststellung des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 2013
(Haushaltsgesetz 2013)**

**hier: Einzelplan 10
Geschäftsbereich des Bundesministeriums
für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. In Kapitel 10 05 Titelgruppe 03 wird ein neuer Titel 684 31 „Bundesprogramm Verbraucherschutz“ mit einem Soll-Ansatz in Höhe von 7,5 Mio. Euro ausgebracht. Die Mittel dienen der Stärkung der Verbraucherschutzforschung und sollen insbesondere für den Aufbau einer eigenständigen Forschungseinrichtung und den Aufbau eines Verbraucherpanels eingesetzt werden.
2. Es wird ein Sachverständigenrat für Verbraucherpolitik eingerichtet. Dazu wird in Kapitel 10 11 der Soll-Ansatz des Titels 526 02 (Sachverständige, Ausgaben für Mitglieder von Fachbeiräten und ähnlichen Ausschüssen) um 500 000 Euro erhöht.
3. In Kapitel 10 05 wird der Soll-Ansatz des Titels 685 31 (Zuschüsse für wissenschaftliche Veranstaltungen – Kongresse, Symposien u. Ä. – im Inland und zur Veröffentlichung wissenschaftlicher Forschungsergebnisse) um 300 000 Euro erhöht. Die Mittel werden zur Förderung eines interdisziplinären, mehrtägigen Symposiums zur Vernetzung der wissenschaftlichen Erforschung von Verbraucherverhalten, -interessen, -politik und -schutz verwendet.

Berlin, den 19. November 2012

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

Begründung

Die Mittel des neuen Titels 684 31 sollen für den Aufbau einer eigenständigen Forschungseinrichtung und den Aufbau eines Verbraucherpanels zur empirischen Fundierung der Verbraucherschutzforschung, der Marktanalyse und Gesetzesfolgenabschätzung bzw. Evaluierung (auch durch experimentelle Verhaltensstudien) von Maßnahmen sowie als Informationspool für Politikberatung und Grundlagenforschung aufgebaut werden.

Für eine effektive und effiziente Verbraucherpolitik wird mehr empirisches Wissen über das tatsächliche Verbraucherverhalten und das Funktionieren von Märkten gebraucht. Die Aufnahme und Verarbeitung von Informationen, lang- und kurzfristige Motive für die Produktwahl oder die Nutzung der verschiedenen Informationskanäle sind zum Beispiel Aspekte, die bei der Gestaltung von Verbraucherpolitik bekannt sein müssten.

Bisher fehlen der Verbraucherpolitik der Bundesregierung jedoch aussagekräftige Informationen über das Verhalten von Verbrauchern und die Auswirkungen von Regulierungsentscheidungen auf Marktstrukturen weitgehend. Deshalb wird eine jährliche und repräsentative Verbrauchererhebung (Verbraucherpanel) finanziert. Dieses Verbraucherpanel wird als Wiederholungsbefragung konzipiert, um Längsschnittanalysen zu ermöglichen. Anhand von konkreten Fragestellungen zur Marktlage in den verschiedenen Konsumfeldern können so Daten etwa zur Informationslage, zur Transparenz oder zum Verhalten von Verbrauchern in Bezug auf konkrete Konsumentenentscheidungen erhoben werden. Die erhobenen Daten bilden so eine Grundlage für weitere Studien und Experimente und einen Verbrauchercheck in der Gesetzgebung. Begleitend müssen Indikatoren für eine verbrauchergerechte Regulierung entwickelt werden.

Die Verbraucherpolitik erhält zu wenige Impulse aus der Verbraucherschutzforschung. Der Sachverständigenrat für Verbraucherfragen soll die Situation der Verbraucherinnen und Verbraucher in Deutschland begutachten und die Bundesregierung beraten. Neben einer periodischen Begutachtung im Turnus von zwei Jahren kann er Sondergutachten abgeben, um einzelne Verbraucherprobleme aufzugreifen, umfassend zu analysieren und Lösungsvorschläge zu unterbreiten. Daneben kann er zu aktuellen Fragen auch in einzelnen Stellungnahmen und Kommentaren Empfehlungen formulieren. Der Sachverständigenrat besteht aus unabhängigen Wissenschaftlern/Wissenschaftlerinnen und soll interdisziplinär besetzt werden.

Des Weiteren sollen ein Expertenpool für externe Begleitforschung aufgebaut sowie ein interdisziplinäres, mehrtägiges Symposium zur Vernetzung der Verbraucherschutzforschung durchgeführt werden.